



---

### 30. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft

---

**Gremium:** Ausschuss für Kultur und Wissenschaft  
**Sitzungstermin:** Donnerstag, 31.08.2017, 18:00 Uhr  
**Ort, Raum:** Raum 107, Hegelallee , Haus 9

---

## Tagesordnung

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
  
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.06.2017 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
  
- 3 Straßenbenennung in 14482 Potsdam - Babelsberg  
hier: Umbenennung der "Baldurstraße"
  
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  
- 4.1 Umbenennung der Karl-Liebknecht-Straße in 14476 Potsdam  
**17/SVV/0014** Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
  
- 4.2 Regelmäßiges Monitoring der Kreativwirtschaft  
**17/SVV/0056** Fraktion CDU/ANW  
HA
  
- 4.3 Weiternutzung Rechenzentrum  
**17/SVV/0536** Fraktion DIE LINKE
  
- 4.4 Löschung der Leninstatue aus der Denkmalliste des Landes Brandenburg  
**17/SVV/0550** Fraktion CDU/ANW
  
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
  
- 5.1 Bericht Gedenktafelkommission

- |     |   |                               |
|-----|---|-------------------------------|
| 5.2 | Vorab-Information zur Beschlussvorlage<br>"Teilkonzept für die ehemalige<br>Grenzanlage/Grenzverlauf am Jungfernsee:<br>Informationspfad" | Fachbereich Kultur und Museum |
| 6   | Sonstiges   |                               |

Ausschuss für Kultur und Wissenschaft  
der Stadtverordnetenversammlung

über 24

**Straßenbenennung in 14482 Potsdam – Babelsberg  
hier: Umbenennung der „Baldurstraße“**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,  
sehr geehrte Damen und Herren,

mit E-Mail vom 27.06. 2017 bittet Herr Jürgen Strauss von STRAUSS Medien & Edition über eine mögliche Straßennamensänderung in Babelsberg zu diskutieren.

Der mit zuvor genannter E-Mail gestellte Antrag auf Umbenennung der in 14482 Potsdam - Babelsberg gelegenen "Baldurstraße" in "(Egon-)Eiermannstraße" wird seitens der Verwaltung abgelehnt.

Begründet wird dies damit, dass es keine ordnungsrechtlichen Gründe für eine Umbenennung gibt. Die Baldurstraße ist wie die umgebenden Straßen in den 1920er Jahren entstanden und trägt somit seit mittlerweile 90 Jahren diesen Namen. Wie auch die benachbarten bzw. angrenzenden Straßen "Donarstraße" und die "Herthastraße" ist die Baldurstraße mit Bezug auf die germanische Mythologie benannt worden. Somit sind die Straßen in diesem Gebiet nach einem einheitlichen Themenbezug benannt worden. Für die Anwohner dieser Straße ist dieser Name daher untrennbar mit dem Wohngebiet verbunden und daher auch in gewissem Maße auch identitätsstiftend.

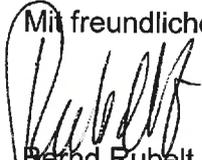
Ungeachtet der herausragenden Leistungen des Egon Eiermann scheint eine Umbenennung der Baldurstraße nach Egon Eiermann nur aufgrund des Wohnortes nicht gerechtfertigt. Zudem wären Verunglimpfungen des künftigen Straßennamens nicht ausgeschlossen. Auch deshalb scheint es bundesweit offensichtlich nur eine einzige Straße zu geben, die nach Egon Eiermann benannt ist - die Egon-Eiermann-Allee in Karlsruhe.

Sollte der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft dennoch für eine Umbenennung plädieren, wird empfohlen eine Bürgerbefragung/Bürgerbeteiligung dazu durchzuführen (analog zu der Umbenennung "Breiter Weg" in "Amselwinkel"), um das Votum der betroffenen Anwohner und Grundstückseigentümer einzuholen. Die Bürgerbefragung/Bürgerbeteiligung würde von Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen, AG Straßenverwaltung durchgeführt werden.

Ich bitte Sie, über den eingebrachten Vorschlag zu beraten und mir das Ergebnis mitzuteilen, damit die Beschlussvorlage für die Stadtverordnetenversammlung vorbereitet werden kann.

Für Rückfragen steht Ihnen Herr Loyal-Wieck von meinem zuständigen Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

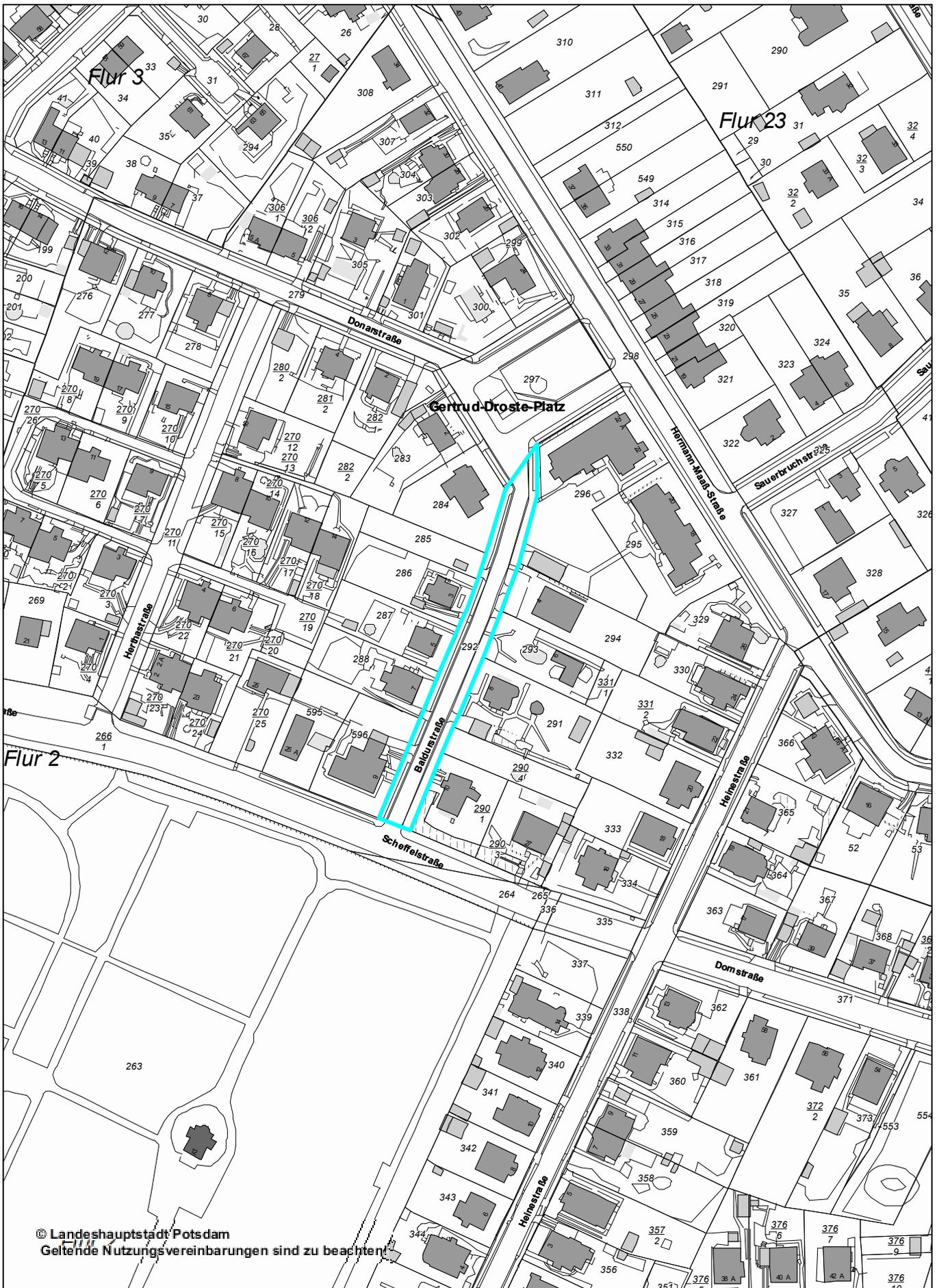


Bernd Rubelt

Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt

Anlage:

- Plan zur Straßenumbenennung (1 Blatt, 10-fach)



© Landeshauptstadt Potsdam  
 Geltende Nutzungsvereinbarungen sind zu beachten!

**Geoportal der Landeshauptstadt Potsdam**

Ersteller: Anne-Catherine Tilse  
 Erstellungsdatum: 27.07.2017  
 Datengrundlage: Liegenschaftskataster



Erstellt für Maßstab 1:1.840



Seite: N



**Kein amtlicher Ausdruck, nur für den internen Dienstgebrauch!**



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

## Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

**17/SVV/0014**

öffentlich

**Betreff:**

Umbenennung der Karl-Liebknecht-Straße in 14476 Potsdam

**Einreicher:** Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum 06.01.2017

Eingang 922:

**Beratungsfolge:**

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

25.01.2017

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Karl-Liebknecht-Straße in 14476 Potsdam wird umbenannt in

- Marie-Curie-Straße
- oder
- Sofja-Kowalewskaja -Straße.

Der Oberbürgermeister wird gebeten, dazu ein Votum des Akademischen Senats und des Präsidiums der Universität Potsdam einzuholen und den Stadtverordneten bis Ende März 2017 zur abschließenden Entscheidung vorzulegen.

gez. Peter Schüler  
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Beschlussverfolgung gewünscht:**



**Termin: 05.04.2017**

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?** Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung**

In Potsdam gibt es derzeit zwei Straßen, die den Namen Karl-Liebknecht-Straße tragen: einmal in Babelsberg (14482) und einmal in Potsdam-Golm (14476). Das führt insbesondere bei neuen Studierenden aber auch bei Gästen der Wissenschaftseinrichtungen in Golm regelmäßig zu Verwirrungen.

Hauptanrainer der Karl-Liebknecht-Straße in Potsdam-Golm ist die Universität Potsdam. Hier sind insbesondere die Mathematik, Naturwissenschaften und Kognitionswissenschaften untergebracht; hier bestehen enge wissenschaftliche Kooperationen mit den außeruniversitären Forschungseinrichtungen am Standort Golm, die ebenso in naturwissenschaftlichen Forschungsfeldern arbeiten. Eine Umbenennung der Karl-Liebknecht-Straße in Marie-Curie-Straße oder Sofia Kowalewskaja-Straße trägt damit der 25-jährigen Entwicklung zu einem national und international hoch beachteten Wissenschaftsstandort Rechnung.

Die Entscheidung darüber, ob die Straße nach der zweifachen Nobelpreisträgerin Marie Curie oder nach der Mathematikerin Sofia Kowalewskaja benannt wird, sollte unter Mitwirkung des Akademischen Senats und des Präsidiums der Universität Potsdam erfolgen.



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag**  
 **Ergänzungsantrag**  
 **Neue Fassung**

zur Drucksache Nr.

17/SVV/0014

öffentlich

**Einreicher:** Fraktion DIE aNDERE

**Betreff:** Umbenennung der Karl-Liebknecht-Straße in 14476 Potsdam

Erstellungsdatum 14.02.2017

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
16.02.2017	Kulturausschuss	X	
01.03.2017	Stadtverordnetenversammlung		x

Die Stadtverordnetenversammlung die Ds 17/SVV/0014 in folgender Neufassung beschließen:

Die Karl-Liebknecht-Straße im Ortsteil Golm wird unbenannt in

**Karl-Liebknecht-Chaussee.**

**Begründung:**

Derzeit gibt es in Potsdam zwei Straßen, die den Namen Karl-Liebknecht-Straße tragen. Es erscheint aber nicht schlüssig, die Straße im Ortsteil Golm umzubenennen, da die Benennung aufgrund eines historischen Bezuges erfolgte. Am 31.10.1910 sprach Karl Liebknecht in Golm über den Kampf gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht.

Nach der demokratischen Revolution 1848/49 führte König Friedrich Wilhelm IV. für die preußischen Abgeordnetenhauswahlen das Dreiklassenwahlrecht ein. Die Wähler erhielten ein nach ihrer Steuerleistung in drei Abteilungen abgestuftes Stimmengewicht. Das Wahlrecht zum Abgeordnetenhaus war angelehnt an das in der Rheinprovinz seit 1845 auf kommunaler Ebene geltende Dreiklassenwahlrecht. Bei Kommunalwahlen in Essen führte dieses dazu, dass Alfred Krupp allein ein Drittel der Mitglieder des Stadtrates bestimmte. Das preußische Dreiklassenwahlrecht wurde während seiner Gültigkeit von fortschrittlichen Kräften entschieden kritisiert und mit dem Ende der Monarchie abgeschafft.

Um die Namensgleichheit mit der Straße in Babelsberg aufzuheben und Verwechslungen zu vermeiden, schlagen wir daher eine Benennung vor, die den Namen Karl Liebknecht beibehält, aber dennoch für eine eindeutige Unterscheidung sorgt.

gez. Julia Laabs und Christian Kube  
Fraktionsvorsitzende





Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag**  
 **Ergänzungsantrag**  
 **Neue Fassung**

zur Drucksache Nr.

17/SVV/0014

 öffentlich**Einreicher: David Kolesnyk, SPD-Fraktion****Betreff: Umbenennung der Karl-Liebknecht-Straße in 14476 Potsdam (OT Golm)**

Erstellungsdatum 16.02.2017

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
01.03.2017	Ausschuss für Kultur und Wissenschaft	x	
16.02.2017	Stadtverordnetenversammlung		x

**Änderungsvorschlag:**

Der Oberbürgermeister soll prüfen, inwieweit eine Benennung der Straßen auf dem Universitätsgelände möglich ist. Die Universität müsste in diesem Zusammenhang in jedem Falle selbst die Kosten für Änderungen von Visitenkarten, Briefbögen und ähnlichem tragen. Entsprechende Gespräche mit der Universität sollen geführt werden.

**Begründung:**

Bei Umbenennung der gesamten Straße sind auch Haushalte betroffen, die selbst überhaupt kein Problem mit der derzeitigen Bezeichnung haben. Um unnötigen Aufwand und Unstimmigkeiten zu vermeiden, scheint es zielführender, wenn bisher unbenannte Straßen auf dem Universitätsgelände mit Namen versehen werden. Dann kann die Universität selbst in Zukunft auf diese Adressen verweisen. Zu klären ist jedoch, dass die Landeshauptstadt Potsdam dadurch keine Kosten durch Neubeschriftungen und ähnliches tragen muss.

\_\_\_\_\_  
Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

## Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

**17/SVV/0056**

öffentlich

**Betreff:**

Regelmäßiges Monitoring der Kreativwirtschaft

**Einreicher:** Fraktion CDU/ANW

Erstellungsdatum 10.01.2017

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

Zuständigkeit

25.01.2017

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein strukturiertes wirtschaftliches Monitoring der Kreativwirtschaft in der LHP einzuführen und in einem jährlichen Überblick festzustellen, wie sich die Kultur und Kreativwirtschaft entwickelt. Im jährlichen "Monitoring zu ausgewählten Eckdaten der Kultur- und Kreativwirtschaft" ist die Bedeutung der Branche für die Gesamtwirtschaft der LHP zu analysieren und die Entwicklung der Kultur- und Kreativwirtschaft sowie ihrer Teilmärkte anhand wirtschaftlicher Kennzahlen darzustellen.

Dem Hauptausschuss ist jährlich, erstmals im Dezember 2017 zu berichten

gez.

Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Beschlussverfolgung gewünscht:**

**Termin:**

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Kultur- und Kreativwirtschaft ist ein Wirtschaftssektor, der sich mit der Schaffung, Produktion, Verteilung und/oder medialen Verbreitung von kulturellen/kreativen Gütern und Dienstleistungen befasst. Entsprechend der Vorgaben von Bund/Land bezüglich der Kreativwirtschaft muss es Ziel der Stadt sein, die Kultur- und Kreativwirtschaft als eigenständiges Wirtschaftsfeld und als Wachstumsbranche zu etablieren und deren Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Dazu ist es erforderlich, die Strukturen zu erfassen, Bedarfe und Entwicklungsmöglichkeiten festzustellen sowie Ziele im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der Stadt zu definieren. Eine Ausgewogenheit zwischen den verschiedenen Wirtschaftsfeldern sowie die Chancengleichheit für alle Wirtschaftsunternehmen in Potsdam sicherzustellen.



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

17/SVV/0056

 öffentlich**Einreicher: Fraktion CDU/ANW****Betreff: Regelmäßiges Monitoring der Kreativwirtschaft**

Erstellungsdatum 30.08.2017

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
19.10.2017	K/W	X	
01.11.2017	HA	X	

**Änderungs-/Ergänzungsantrag/Neue Fassung:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Entwicklung der Kultur- und Kreativwirtschaft in Zusammenarbeit der Bereiche Wirtschaftsförderung und Kultur zu erfassen und auszuwerten. Einzubinden ist die neu gegründete Brandenburger Agentur für Kultur und Kreativwirtschaft, die im Auftrag des Kultur- und Wirtschaftsministeriums Beratungs- und Coaching-Leistungen für Kultureinrichtungen und Kreativunternehmen im Land Brandenburg anbieten soll. Träger der Brandenburger Agentur für Kultur und Kreativwirtschaft ist die Business School Berlin mit Sitz in Potsdam.

Das Ergebnis soll die Bedeutung der Branche für die Gesamtwirtschaft der LHP und die Entwicklung der Kultur- und Kreativwirtschaft sowie ihrer Teilmärkte darstellen und als Grundlage für die weitere Entwicklung und Förderung durch die LHP dienen.

Dem Hauptausschuss ist bis März 2018 zu berichten.

**Begründung:**

Kultur- und Kreativwirtschaft ist ein Wirtschaftssektor, der sich mit der Schaffung, Produktion, Verteilung und/oder medialen Verbreitung von kulturellen/kreativen Gütern und Dienstleistungen befasst. Entsprechend der Vorgaben von Bund/Land bezüglich der Kreativwirtschaft muss es Ziel der Stadt sein, die Kultur- und Kreativwirtschaft als eigenständiges Wirtschaftsfeld mit ihren 11 unterschiedlichen Teilmärkten, die jeweils als eigenständige Wirtschaftsbereiche mit zahlreichen individuellen Branchenanforderungen anzusehen und zu bewerten, und als Wachstumsbranche zu etablieren und deren Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Dazu ist es erforderlich, die Strukturen zu erfassen, Bedarfe und Entwicklungsmöglichkeiten festzustellen sowie Ziele im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der Stadt zu definieren. Eine Ausgewogenheit zwischen den verschiedenen Wirtschaftsfeldern sowie die Chancengleichheit für alle Wirtschaftsunternehmen in Potsdam sicherzustellen.

Mit der Einbindung der Brandenburger Agentur für Kultur und Kreativwirtschaft wird die Intention des Landes Brandenburg, die Kultur- und Kreativwirtschaft zu fördern und deren Netzwerk- und Kooperationsstrukturen, um neue Absatzmärkte zu erschließen sowie innovative Geschäftsideen und Produkte zu entwickeln, aufgegriffen.

gez. M. Finken  
Fraktionsvorsitzender  
CDU/ANW Fraktion

---

Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

## Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

**17/SVV/0536**

öffentlich

**Betreff:**

Weiternutzung Rechenzentrum

**Einreicher:** Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 14.06.2017

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

Zuständigkeit

05.07.2017

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt, dass im Ergebnis der statischen Untersuchung die Option einer Weiternutzung des Rechenzentrums im Nebeneinander mit dem geplanten Garnisonkirchturm bestätigt werden konnte.

Der Oberbürgermeister wird in seinen Gesprächen mit der Stiftung ausdrücklich darin bestärkt, für eine Verlängerung der Nutzung des Rechenzentrums um mindestens fünf Jahre, also bis 2023, einzutreten.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im September 2017 über den Stand der Gespräche zu informieren.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg  
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Beschlussverfolgung gewünscht:**

**Termin:**

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Das Rechenzentrum ist in seiner neuen Funktion voll ausgelastet. Das zeigt den großen Bedarf, den es für solche Einrichtungen gibt. Es gibt ein großes Interesse der Vertreterinnen und Vertreter der Kultur und der Kreativitätswirtschaft an einer möglichst langen Nutzung des Gebäudes. Die räumliche Verbindung mit dem geplanten Garnisonkirchturm trägt dazu bei, die Akzeptanz für dieses umstrittene Vorhaben zu erhöhen. Deshalb sollte eine Verlängerung der Verträge um mindestens fünf Jahre angestrebt werden.



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

## Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

**17/SVV/0550**

öffentlich

**Betreff:**

Löschung der Leninstatue aus der Denkmalliste des Landes Brandenburg

**Einreicher:** Fraktion CDU/ANW

Erstellungsdatum 16.06.2017

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

Zuständigkeit

05.07.2017

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich erneut bei der Landesregierung dafür einzusetzen, dass die Potsdamer Leninstatue aus der Denkmalliste des Landes gelöscht wird, da die Eintragungsvoraussetzungen entfallen sind.

gez.

Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Beschlussverfolgung gewünscht:**

**Termin:**

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Das Gesetz über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg (Brandenburgisches Denkmalschutzgesetz - BbgDSchG) vom 24. Mai 2004 gibt § 28 vor:

„Die Eintragungen sind innerhalb von fünf Jahren nach In-Kraft-Treten dieses Gesetzes um die nach § 3 Abs. 3 erforderlichen Angaben zu ergänzen.“ Diese Ergänzung ist bisher unterblieben. Damit ist die Frist dafür ist laut BbgSchG seit 13 Jahren abgelaufen.

Laut Antwort auf die Kleine Anfrage 12/SVV/0891 vom 02.01.2013 hat der Geschäftsbereich Stadtentwicklung und Bauen mehrmals mündlich und auch schriftlich gegenüber dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege (BLDAM) angeregt, die Statue aus der Denkmalliste gem. §3 Abs. 2 BdgDSchG zu löschen, da die Eintragungsvoraussetzungen entfallen sind.

Die Wiederaufstellung der Leninstatue wurde mehrfach, zuletzt am 3.5.2017 (DS: 17/SVV/0379) von der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt.

Im Übrigen besagt eine Auskunft des Landeskonservators, (siehe Begründung der DS 06/SVV/0113), dass die Leninstatue nicht mehr an ihrem alten Platz zurückkehren muss, da das Gesamtdenkmal „Russisches Offizierskasino“ in seinem ursprünglichen Sinn nicht mehr besteht.



## Niederschrift 30. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft

---

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 31.08.2017  
**Sitzungsbeginn:** 18:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 19:35 Uhr  
**Ort, Raum:** Raum 107, Hegelallee , Haus 9

---

### Anwesend sind:

#### Ausschussvorsitzender

Frau Dr. Karin Schröter DIE LINKE

#### Ausschussmitglieder

Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg DIE LINKE  
Herr David Kolesnyk SPD ab 18:03 Uhr  
Herr Peter Schultheiß Potsdamer  
Demokraten  
Herr Uwe Fröhlich Bündnis 90/Die ab 18:05 Uhr  
Grünen  
Frau Dr. Carmen Klockow Bürgerbündnis

#### sachkundige Einwohner

Herr Frank Reich SPD  
Frau Carla Villwock DIE LINKE  
Frau Kerstin Walter SPD

Frau Noosha Aubel Beigeordnete Geschäftsbereich 2  
Frau Dr. Birgit-Katharine Seemann Fachbereich 24 – Kultur und Museum

### Nicht anwesend sind:

#### Ausschussmitglieder

Herr Norbert Mensch CDU/ANW entschuldigt

#### zusätzliches Mitglied

Herr Eric Blume DIE aNDERE nicht anwesend

### **sachkundige Einwohner**

Frau Christine Anlauff	DIE aNDERE	nicht anwesend
Frau Marta Balzer	DIE LINKE	nicht anwesend
Herr Oud Joffe	Potsdamer Demokraten/BVB	nicht anwesend
Herr Roman Kuffert	Freie Wähler	
Frau Anna Lüdcke	AfD	entschuldigt
Herr Prof. Dr. Hermann Voesgen	CDU/ANW	entschuldigt
	Bündnis90/Die Grünen	nicht anwesend
Herr Christian Wendland	Bürgerbündnis-FDP	nicht anwesend

### **Schriftführer/in:**

Frau Bettina Schmidt

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.06.2017 / Feststellung der öffentlichen  
Tagesordnung
- 3 Straßenbenennung in 14482 Potsdam - Babelsberg  
hier: Umbenennung der "Baldurstraße"
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Umbenennung der Karl-Liebknecht-Straße in 14476 Potsdam  
Vorlage: 17/SVV/0014  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 4.2 Regelmäßiges Monitoring der Kreativwirtschaft  
Vorlage: 17/SVV/0056  
Fraktion CDU/ANW  
HA
- 4.3 Weiternutzung Rechenzentrum  
Vorlage: 17/SVV/0536  
Fraktion DIE LINKE
- 4.4 Löschung der Leninstatue aus der Denkmalliste des Landes Brandenburg  
Vorlage: 17/SVV/0550  
Fraktion CDU/ANW
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Bericht Gedenktafelkommission
- 5.2 Vorab-Information zur Beschlussvorlage "Teilkonzept für die ehemalige  
Grenzanlage/Grenzverlauf am Jungfersee: Informationspfad"  
Fachbereich Kultur und Museum
- 6 Sonstiges

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Frau Dr. Schröter eröffnet die Sitzung und begrüßt im Namen aller Ausschussmitglieder Frau Aibel, als neue Beigeordnete für Bildung, Kultur und Sport.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.06.2017 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Frau Dr. Schröter stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Auf die Nachfrage, ob es Anmerkungen zur Niederschrift der Sitzung vom 22.06.2017 gebe, gibt es keine Wortmeldung. Die Niederschrift wird einstimmig **bestätigt**.

In Bezug auf die Tagesordnung teilt Frau Dr. Schröter mit, dass die Fraktion CDU/ANW darum gebeten hat die Tagesordnungspunkte 4.2 und 4.4 auf die nächste Sitzung zu vertagen, da heute kein Vertreter der Fraktion anwesend sein kann. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Die Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**.

#### **zu 3 Straßenbenennung in 14482 Potsdam - Babelsberg hier: Umbenennung der "Baldurstraße"**

Herr Strauss als Antragsteller zur Umbenennung der Baldurstraße, trägt den Ausschussmitgliedern sein Anliegen vor.

Der Architekt Egon Eiermann wurde in Potsdam geboren. Die Baldurstraße in Potsdam sei nach einer fiktiven Person benannt worden. Die Überlegung, die Benennung der Straße nach einer in Potsdam geborenen Person, scheint aus seiner Sicht sinnvoll. Eine Verbindung könne mit seinem 115. Geburtstag in 2019 hergestellt werden. Vorstellbar wäre auch, eine neu angelegte Straße nach dem Architekten zu benennen.

Herr Dr. Arlt, als sachverständiger Berater für den Ausschuss, macht deutlich, dass eine Straßenumbenennung in der Regel nur in Erwägung gezogen wird, wenn dies als notwendig erscheint. Im Falle neuer Straßenumbenennungen wird zunächst geschaut, was thematisch in die Region passt. Herr Dr. Arlt nimmt Bezug auf das Leben von Egon Eiermann. Nicht nur in Karlsruhe, sondern auch in Buchen wurde eine Straße nach Egon Eiermann benannt. Es gebe insgesamt 30 denkmalgeschützte Bauten von Egon Eiermann. In Potsdam stehe in der Baldurstraße ein von ihm geplantes Einfamilienhaus. Egon Eiermann hatte seinen Lebensmittelpunkt jedoch nie in Potsdam. Herr Dr. Arlt empfiehlt, dem Votum der Verwaltung zu folgen.

Herr Schultheiß und Herr Dr. Scharfenberg stimmen dem zu. Man müsse vorsichtig mit der Umbenennung von Straßen sein. Es bestehe derzeit kein Handlungsbedarf.

Herr Schultheiß schlägt vor, den Namen in den Straßennamenpool mit aufzunehmen.

Herr Dr. Scharfenberg erwidert, dass dies möglich sei, wenn eine Fraktion diesen Vorschlag aufgreife. Dann könne erneut darüber im Ausschuss gesprochen werden.

Frau Dr. Schröter schlägt vor, dass der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft den Vorschlag zur Kenntnis nimmt. Dem wird einstimmig zugestimmt.

Frau Dr. Schröter bedankt sich bei Herrn Strauss und Herrn Dr. Arlt für ihre Ausführungen.

#### **zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

##### **zu 4.1 Umbenennung der Karl-Liebknecht-Straße in 14476 Potsdam**

**Vorlage: 17/SVV/0014**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Schröter berichtet, dass seitens der Verwaltung eine Information an sie herangetragen worden sei, aus der hervorgeht, dass die Universität noch Zeit benötigt, um einen Namensvorschlag für eine mögliche Straßenbenennung unterbreiten zu können. Dies wird voraussichtlich bis Ende des Jahres dauern. Anschließend könne man den Antrag erneut im Ausschuss aufrufen.

Herr Fröhlich bittet darum, dass die schriftliche Information der Verwaltung als Anlage zur Niederschrift beigelegt wird.

Herr Kolesnyk macht deutlich, dass bevor der Ausschuss sich dem widmet, zunächst der Ortsbeirat sich mit dem Vorschlag der Universität befassen sollte.

Der Antrag wird **zurückgestellt**.

##### **zu 4.2 Regelmäßiges Monitoring der Kreativwirtschaft**

**Vorlage: 17/SVV/0056**

Fraktion CDU/ANW

HA

**zurückgestellt**

**zu 4.3      Weiternutzung Rechenzentrum**  
**Vorlage: 17/SVV/0536**  
Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg bringt den Antrag ein. Die Stadtverordneten müssten sich in Bezug auf die Weiternutzung des Rechenzentrums positionieren. Der Antrag zielt auf eine Weiternutzung um mindestens fünf Jahre ab. Dies sei auch im Interesse der Nutzer.

Frau Walter nimmt Bezug auf die seitens von Herrn Rubelt getätigte Äußerung, dass die Alte Feuerwache als Option eines Kreativhauses in Erwägung gezogen werden könnte. Dahingehend stellt sich die Frage inwieweit die Weiternutzung des Rechenzentrums sinnvoll sei.

Herr Dr. Scharfenberg erwidert, dass die Alte Feuerwache einen großen Gestaltungsraum, jedoch nicht das Potential biete als Alternative zum Rechenzentrum gesehen zu werden.

Herr Kümmel (Leiter Büro des Oberbürgermeisters) stellt anhand einer Power Point Präsentation den aktuellen Sachstand zur Weiternutzung des Rechenzentrums dar. Das Rechenzentrum befinde sich im Sanierungsgebiet Potsdamer Mitte und auch zum Teil auf dem Grundstück der Stiftung Garnisonkiche. Es wurden mehrere Gespräche mit den Nutzern und der Stiftung Garnisonkirche geführt. Die Klärung bezüglich der Weiternutzung wird angestrebt. Auch andere Standorte werden für eine alternative Nutzung geprüft. Die Stiftung müsse der temporären Weiternutzung des Rechenzentrums bis 2023, zustimmen. Im Oktober 2017 sei seitens der Stiftung Garnisonkirche der Baustart zur Wiedererrichtung des Kirchturms geplant. Die Baustatik lässt ein paralleles Bestehen von Rechenzentrum und Garnisonkirchenturm zu. Bauordnungsrechtlich könne der Parallelbetrieb nach Brandschutzertüchtigung am Rechenzentrum bis 31.12.2023 befristet geduldet werden. Für die Brandschutzmaßnahmen fallen Kosten in Höhe von etwa 101.000 Euro an. Durch den Weiterbetrieb des Rechenzentrums fallen bei der Stiftung Garnisonkirche Mehrkosten in Höhe von etwa 345.000 Euro an. Im Rahmen der in der Stadtverordnetenversammlung am 13.09.2017 einzubringenden Beschlussvorlage seitens des Oberbürgermeisters werden Mehrkosten von 460.000,00 Euro angegeben. Erst im Laufe der Umsetzung der Maßnahmen könnten die Kosten genau beziffert werden.

Das Kuratorium der Stiftung Garnisonkirche entscheidet im November 2017 über die Möglichkeit der Weiternutzung des Rechenzentrums. Der Sanierungsträger Potsdam würde im Auftrag der Landeshauptstadt Potsdam die weitere Verständigung mit der Stiftung Garnisonkirche vornehmen.

Frau Aabel hinterfragt, ob die Weiternutzung des Rechenzentrums bis maximal 2023 möglich wäre oder ob auch eine Nutzung darüber hinaus in Frage kommen würde.

Herr Kümmel macht darauf aufmerksam, dass die Bauaufsicht die Nutzung bis 2023 lediglich duldet. Sollte eine Nutzung darüber hinaus angestrebt werden, würde dies einen anderen Mehraufwand bedeuten. Es müsste ein neues Baugenehmigungsverfahren mit neuen Maßnahmen auf den Weg gebracht werden. Schließlich würden die Kosten um ein vielfaches steigen.

Auf die Nachfrage von Herrn Kolesnyk welche Entscheidung in der

Kuratoriumssitzung der Stiftung Garnisonkirche getroffen wird, erwidert Herr Kümme dass sich das Kuratorium zunächst für eine Weiternutzung aussprechen muss. Voraussichtlich werden auch Bedingungen für eine Weiternutzung des Rechenzentrums gestellt werden.

Herr Kolesnyk stellt fest, dass der eingebrachte Antrag das fordert, was bereits durch die Verwaltung umgesetzt wird. Aus seiner Sicht habe der Antrag keinen Mehrwert. Zudem müsse man bedenken, dass wenn die Instandsetzungsmaßnahmen umgesetzt werden, dies auf die Miete umgelegt werden würde. Fraglich sei, ob die Mieter eine Mieterhöhung kompensieren könnten.

Dem stimmt Herr Schultheiß zu. Die Handlungen der Verwaltung gehen sogar über die Zielsetzung des Antrages hinaus.

Herr Dr. Scharfenberg entgegnet, dass bis dato nichts entschieden sei. Erst im November würde das Stiftungskuratorium über die Weiternutzung entscheiden. Zudem wird in der seitens des Oberbürgermeisters eingebrachten Beschlussvorlage keine Dauer für die Weiternutzung genannt. Es sei die Aufgabe der Stadtverordneten sich zu positionieren und den Oberbürgermeister in seinem Handeln zu unterstützen. Hinzu käme, dass die Finanzierung des Kirchenschiffes noch nicht gesichert sei.

Herr Kolesnyk betont, dass sich vor der kommenden Stadtverordnetenversammlung die Fraktionen untereinander verständigen sollten, um gegebenenfalls gleich eine Beschlussfassung der Verwaltungsvorlage herbeizuführen.

Herr Dr. Scharfenberg beantragt den Antrag **zurückzustellen**.

Dem wird einstimmig zugestimmt.

**zu 4.4      Löschung der Leninstatue aus der Denkmalliste des Landes Brandenburg**  
**Vorlage: 17/SVV/0550**  
Fraktion CDU/ANW

**zurückgestellt**

**zu 5            Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 5.1        Bericht Gedenktafelkommission**

Herr Wittenberg (stellvertretender Direktor des Potsdam Museums und Vorsitzender der Gedenktafelkommission) informiert darüber, dass die Gedenktafelkommission derzeit zweimal im Jahr tagt. Derzeit befinde sich ein Antrag in Bearbeitung. Es gehe dabei um die Gedenktafel für Hannah Arendt. Der Eigentümer des ehemaligen Wohnhauses von Hannah Arendt möchte eine Gedenktafel am Haus angebracht haben. Dies wurde auch seitens der Stadtverordneten so beschlossen. Aus diesem Grund übernimmt auch die

Landeshauptstadt Potsdam ausnahmsweise die Kosten für die Gedenktafel. Da zwischen dem Gehweg und dem Haus noch ein Vorgarten existiere, müsse mit größerer Schrift gearbeitet werden. In der nächsten Sitzung der Gedenktafelkommission am 13.10. wird über den Text auf der Tafel entschieden. Es lägen vier ähnliche Vorschläge vor. Die Tafel selbst wird voraussichtlich aus Schiefer hergestellt werden. Auf Nachfrage teilt Herr Wittenberg mit, dass man auf Grund des Materials nicht mit QR-Codes arbeiten könne. Je nach Bedarf findet eine weitere Sitzung der Gedenktafelkommission am 08.12.2017 statt.

**zu 5.2 Vorab-Information zur Beschlussvorlage "Teilkonzept für die ehemalige Grenzanlage/Grenzverlauf am Jungfernsee: Informationspfad"**  
Fachbereich Kultur und Museum

Frau Dr. Seemann informiert darüber, dass die Beschlussvorlage in der kommenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung eingebracht werden soll. Im Vorfeld wird bereits über den Inhalt der Vorlage informiert. Auf Grund beantragter Fördergelder seitens des Vereins Erinnerungsorte Potsdamer Grenze, wäre eine Beschlussfassung in der kommenden Stadtverordnetenversammlung begrüßenswert.

Herr Büloff nimmt Bezug auf den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung (15/SVV/0685) zur Erstellung eines Konzeptes für das ehemalige Grenzanlagengelände am Jungfernsee. Ein integraler Bestandteil des Konzeptes ist die Errichtung eines Informationspfades. Dieser wurde vom Verein Erinnerungsorte Potsdamer Grenze in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Zeithistorische Forschung und dem Fachbereich Kultur und Museum erarbeitet. Es wurden seitens des Vereins und des Zentrums für Zeithistorische Forschung zwei Förderanträge gestellt, die bewilligt wurden: Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur förderte die Erforschung des Grenzraums zur Erstellung einer wissenschaftlichen Dokumentation, und die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur stellt finanzielle Mittel für die Umsetzung des Informationspfades bereit. Im Rahmen der Erstellung einer geplanten Website können die Informationen der Dokumentation dann dort eingesehen werden. Der Informationspfad ist in der Schwananallee und in der Bertinistraße vorgesehen. Es ist die Errichtung von acht bis zehn Stelen geplant. Die Texte sollen in Deutsch und auch in Englisch abgebildet werden. Weitere Abstimmungen finden derzeit noch mit allen Beteiligten statt. Zur Eröffnung des Informationspfades, welche Ende 2017 erfolgen soll, ist eine begleitende Veranstaltung geplant. Auf Nachfrage teilt Herr Büloff mit, dass die Gebäude nicht Bestandteil der Vorlage sind.

Herr Fröhlich begrüßt die Umsetzung eines Informationspfades. In diesem Zusammenhang macht er darauf aufmerksam dass der Informationspfad in den Mauerwegführer aufgenommen werden könnte. Somit könnte der Informationspfad überregionale Bekanntheit erlangen.

**zu 6 Sonstiges**

Herr Dr. Pfaender stellt sich, als neuen Leiter des Naturkundemuseums, den Ausschussmitgliedern vor.

Er berichtet darüber, dass dieses Jahr mit einem Anstieg der Besucherzahlen auf etwa 23.000 – 25.000 gerechnet werden könne. Ziel sei es zunächst eine behutsame Modernisierung und die Aktualisierung der Ausstellung vorzunehmen.

Frau Dr. Seemann informiert, dass noch bis zum 30.10.2017 Anträge für die kulturelle Projektförderung eingereicht werden können.

---

Dr. Karin Schröter  
Vorsitzende des Ausschusses für  
Kultur und Wissenschaft

---

Bettina Schmidt  
Schriftführerin